

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

24.8.1861 (No. 199)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 24. August.

N. 199.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Peltzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Telegramm.

Wien, Freitag den 23. Aug. In der heutigen Sitzung des Unterhauses verliest Staatsminister v. Schmerling eine Botschaft des Kaisers an den Reichsrath. Der Kaiser beklagt die Unordnung in Ungarn. Die Gewährung des 20. Oktobers, womit der Kaiser das Verbrechen vom 14. April 1849 gegen die Dynastie und die pragmatische Sanction der Vergeßlichkeit anbeimgab, hätte einen andern Dank verdient. Der Kaiser that für Ungarn Alles, was Billigkeit erheischt, die Gerechtigkeit gegen die andern Länder gestattet und die politische Entwicklung des Reichs gebietet. Er stellte die ungarische Verfassung, alle liberalen Einrichtungen und die nationale Selbständigkeit her unter der einzigen Bedingung, daß die Ausübung der politischen Rechte bezüglich der Heerespflicht, der Finanzen, der Volkswirtschaft für das ganze Reich gemeinsam sei. Der Kaiser war zu diesem Vorbehalte berechtigt, weil die ungarische Verfassung von der revolutionären Gewalt gebrochen und faktisch beseitigt worden ist. Aus Rücksicht für die notwendige Großmachstellung Oesterreichs war er hierzu verpflichtet. Der ungarische Landtag hätte demnach eine Revision der Gesetze von 1848 vornehmen und ein der revidirten Verfassung entsprechendes Inauguraldiplom zu Stande bringen sollen. Statt dessen forderte er unveränderte Anerkennung auch derjenigen Punkte, welche die Prärogative der Krone, die Rechte des Gesamtstaats und die Interessen der nichtmagyarischen Nationalitäten verletzen, obgleich letztere nur mit Gewaltmitteln gegen Kroaten, Slavonien und Siebenbürgen durchgesetzt werden konnten. Obgleich der ungarische Landtag den Weg der Vereinbarung nicht betreten, sondern sogar den Faden der Verhandlung abgerissen erklärte, will der Kaiser dennoch an den konstitutionellen Prinzipien auch in Ungarn festhalten. Demnach erklärt der Kaiser:

1) Das Patent vom 20. Okt. und die Gesetze vom Februar bleiben selbstverständlich aufrecht erhalten. Eine Aenderung der Verfassung ist ohne Zustimmung des Reichsraths unzulässig. Jedem Lande steht die Befugnis des Reichsraths zur Ausübung der diesem vorbehaltenen Rechte jederzeit offen. Die Nichttheilnahme irgend eines Landes kann die Ausübung des Rechtes der andern nicht hemmen.

2) Die mit der Verfassung harmonisirenden Punkte der Gesetzgebung von 1848 werden anerkannt, die nichtharmonisirenden dagegen zurückgewiesen werden.

3) Der gegenwärtige ungarische Landtag wird aufgelöst, weil er in schroffer Negation verharrt. Es wird ein neuer Landtag so bald als möglich einberufen werden. Weisungen zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung sind ertheilt.

Der Kaiser schließt mit der Erklärung, daß er, an der Reichseinheit, der Länderautonomie und der verfassungsmäßigen Freiheit festhaltend, der Zukunft mit Vertrauen entgegenzusehe. Die Verlesung der kaiserl. Botschaft wurde durch häufige Beifallsrufe unterbrochen.

Dr. v. Pöllersdorff und Genossen beantragen eine Adresse des Hauses an den Kaiser. Der Antrag wird angenommen.

In dem Herrenhause verlas v. Schmerling die gleiche Mitteilung wie im Unterhause. Sie wurde mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser aufgenommen. Auf Antrag des Grafen Kuefflein wurde eine Adresse an den Kaiser beschloffen.

Eine preussische Depesche in der dänischen Frage.

Zur Erläuterung der neuesten deutsch-dänischen Verhandlungen und insbesondere des Verhaltens der preussischen Regierung ist folgende Depesche des Hrn. v. Schleinitz an Graf v. Bernstorff, den preuß. Gesandten in London, von Interesse, die der „Südd. Ztg.“ von Berlin aus mitgetheilt wird.

Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage Abschrift einer durch den königl. großbritannischen Gesandten uns mitgetheilten Depesche des Lord Russell vom 12. d. M. zu übersenden. Dieselbe bezieht sich auf den durch Lord A. Loftus angeregten Vorschlag in der holsteinischen Frage. Indessen erhält dieser Vorschlag, und namentlich unsere ganze Stellung zu demselben, in jener Depesche einen so veränderten Charakter, daß es mir vor Allem notwendig erscheint, durch eine kurze Rekapitulation des wahren Sachverhältnisses diese Angelegenheit wieder in das richtige Licht zu stellen.

Zur Zeit der letzten Ständeverammlung in Jechow hatte der Minister Hall in seiner bekannten Zirkulardepesche vom 22. März e. ausgesprochen, daß nach seiner persönlichen Meinung die Regierung, um die Gefahren einer Bundeserweiterung zu vermeiden, es vorziehen würde, in so weit sie die Zustimmung der Stände zu dem Budget des laufenden Jahres für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie nicht er-

halten sollte, mit den Positionen des Normalbudgets sich zu begnügen. An diese Aeußerung knüpfte Lord A. Loftus an. Bei einem Besuch, den er mir zu Anfang dieses Monats machte, stellte er mir die Frage, ob nicht in einer ähnlichen Erklärung, wenn sie jetzt von Seiten der dänischen Regierung aufgenommen würde, eine Handhabe zu finden wäre, um das augenblicklich drohende Exekutionsverfahren abzuwenden. Wie Sie wissen, Hr. Graf, hatte der Bund schon im August 1858 beschloffen, die dänische Regierung erzwunglich zu enstlicher Herstellung eines den gegebenen Zusicherungen entsprechenden Verfassungszustandes für die deutschen Herzogthümer Holstein und Lauenburg anzuhalten. In schonendster Berücksichtigung der Schwierigkeit der Verhältnisse hatte er dieser Maßregel später Aufschub gegeben, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß inzwischen kein Gesetz in gemeinschaftlichen Angelegenheiten für die gedachten Herzogthümer erlassen werde, sofern es nicht händliche Zustimmung erhalten habe. Und da die dänische Regierung Anstand nahm, auf diese Bedingung einzugehen, so wurde ihr zuletzt durch den Bundesbeschluß vom 7. Februar 1861 noch eine bestimmte kategorische Frist gestellt, innerhalb welcher sie sich ausdrücklich darüber zu erklären habe, ob sie sich jener Bedingung unterwerfen wolle, widrigenfalls die Exekution ihren Fortgang nehmen müsse. Die Frist ist längst verstrichen; die Erklärung ist nicht abgegeben. Es erscheint hiernach an und für sich außer Zweifel, daß der Bund jetzt zur Exekution zu schreiten hat. Auf der andern Seite ist jedoch faktisch die Obstruktion des Budgets für die bis zum 1. April 1862 laufende Finanzperiode die einzige von der k. dänischen Regierung unternommene legislative Maßregel, welche den für das Provisorium gestellten Bedingungen des Bundes zuwiderläuft. Träte die Regierung daher durch eine Erklärung, wie Lord A. Loftus sie mir andeutete, thätiglich von der Obstruktion des Budgets und somit von der einzigen bisherigen Verletzung des Provisoriums zurück, dürfte der Bund annehmen, daß ähnliche legislative Maßregeln ohne händliche Zustimmung nicht beabsichtigt würden, so könnte er allerdings, im Interesse einer freundschaftlichen Verständigung, ohne materiellen Schaden für den Augenblick der Nothwendigkeit erzwungener Einschreiten absehen, und die Sache würde dann wieder auf das Gebiet ruhiger Verhandlungen zurückgeführt werden können. Nach dem fruchtlosen Verlauf wiederholter Versuche zu einer Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen würden nunmehr die erforderlichen Maßnahmen von Seiten des Bundes mit der Regierung zu erörtern sein.

Von diesen Gesichtspunkten aus antwortete ich dem Lord A. Loftus. Ich erklärte ihm, daß wir unsfererseits nicht in der Lage seien, irgendwelche Initiative in der Sache zu ergreifen, daß aber, falls die dänische Regierung die entsprechende Erklärung abgäbe, der Bund, nach unserer Ansicht, wohl in der oben von mir angedeuteten Weise verfahren könnte, und daß wir uns daher alledem in diesem Sinne in Frankfurt auszusprechen würden, auch an der Zustimmung unserer Verbündeten nicht zweifeln. Lord A. Loftus theilte mir hierauf vertraulich mit, daß er in Uebereinstimmung hiermit nach London verkehrt und bei seinem Gange eine Einwirkung auf das kopenhagener Kabinett in dieser Richtung beabsichtigt habe. Zugleich erfuhr er mich, Hr. v. Schleinitz, von unserer Unterhaltung vertraulich in Kenntniß und dadurch in den Stand zu setzen, sich in entsprechender Weise gegen Lord John Russell zu äußern. Dies habe ich damals sogleich gethan und aus Hr. v. Schleinitz Bericht vom 12. d. M. mit Genugthuung ersehen dürfen, wie erakt Sie bei Besprechung der Sache mit dem ersten Staatssekretär Ihrer großbritannischen Majestät vorgegangen sind.

Es handelt sich also zunächst überhaupt nicht — wie man nach der Depesche des Lord J. Russell annehmen könnte — um einen von uns ausgehenden Vorschlag oder Antrag. Wir haben vielmehr nur auf die aufgestellte Frage unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, einem Schritte, der zur Vermeidung augenblicklicher Konflikte gethan werden möchte, entgegenzukommen. Es handelt sich ferner für uns durchaus nicht um Erlangung einer wesentlichen Konzession, — einer Konzession, welche die Bemerkung Lord J. Russells rechtfertigen könnte, daß es der königl. großbritannischen Regierung widerstrebe, Dänemark zu einer Konzession zu drängen, welche die Frage neuer Konzessionen noch offen ließe. Bei der Verzichtleistung Dänemarks auf den Ueberfluß über das Normalbudget des laufenden Jahres fragt es sich um eine unbedeutende Summe. Ja, da nicht anzunehmen ist, daß die Stände die Bewilligung dieses ganzen Ueberflusses verweigern würden, so kommt es nur auf dessen einseitige Entbehrung an, bis ein Uebereinkommen mit den Ständen stattgefunden hat. Materiell ist also diese Konzession eine relativ äußerst geringfügige. Sie hat nur eine prinzipielle Bedeutung, sofern die Regierung darauf verzichtet, Ausgaben ohne Bewilligung der Stände zu machen. Für den Bund ist kein befonderer Vortheil damit verknüpft, wenn diese Konzession freiwillig gemacht wird. Denn, welche Schwierigkeiten sich immerhin einer definitiven Regulirung der gesammten Verfassungsdifferenz entgegenstellen möchten — dasjenige, was der Bund als Provisorium für Holstein verlangt hat — daß keine legislative Maßregel ohne Zustimmung der Stände getroffen, also auch das Budget nicht obstruirt werde —, das kann er auch innerhalb der Grenzen eines lediglich auf die holsteinischen Verhältnisse sich beschränkenden Exekutionsverfahrens sofort vollständig sicherstellen. Der Vorschlag des Lord A. Loftus entspricht also viel mehr den Interessen der dänischen Regierung, viel mehr den Wünschen des englischen Gouvernements, welches einen Werth darauf legt, dem Exekutionsverfahren vorzubeugen, als den Interessen des Bundes, welcher vielmehr dabei von seinem strengen Recht nachlassen würde.

Wir unsfererseits können unter solchen Verhältnissen nicht annehmen, daß der Bund — nach dem Vorschlage Lord J. Russells — sich bestimmen finden könnte, die Regulirung dieser Angelegenheit jetzt aus der Hand zu geben; eine Angelegenheit, die ganz unzweifelhaft und nach allgemeinem Anerkennung eine innere Bundesangelegenheit ist, wie die Feststellung der Verfassungsverhältnisse des Herzogthums Holstein, in die Entscheidung einer europäischen Konferenz zu legen. In der That ist auch kein

Grund abzusehen, welcher den Wunsch Lord J. Russells rechtfertigen könnte, die Verhandlung der Sache dem Bunde zu entziehen. Wäre durch die Erklärung Dänemarks die momentane Exekutionsgefahr abgewendet, wäre dadurch die Möglichkeit ruhiger weiterer Verhandlung zwischen dem Bunde und der dänischen Regierung, die bisher noch nicht stattgefunden hat, gegeben, so würde, ohne Besorgniß irgend eines Nachtheils für Dänemark, füglich zunächst der Verlauf dieser Verhandlung abgewartet werden können.

Was Lord J. Russell zu dem Wunsche nach einer europäischen Konferenz bestimmt, das ist, wie Hr. v. Schleinitz, Bericht vom 12. d. M. über Ihre Unterhaltung mit dem gedachten Hrn. Minister näher ergibt, die Rücksicht auf die schleswig'sche Frage. Der Bund — so besorgt er — werde auch die Ansprüche Holsteins in Bezug auf sein Verhältniß zu Schleswig zur Geltung bringen wollen. Die schleswig'sche Frage aber sei eine europäische, und Europa habe ein Interesse und ein Recht, sich in dieselbe einzumischen, um die Integrität der dänischen Monarchie und den Frieden von Europa aufrecht zu erhalten. Ich bemerke zuvörderst, daß die zur Zeit am Bunde schwebenden Verhandlungen ausschließlich um die Verfassungsverhältnisse der deutschen Herzogthümer sich bewegen. Eine europäische Einmischung in diese Verhandlungen würde also unter allen Umständen durch nichts gerechtfertigt sein. Welche Ansprüche nun aber der Bund in Vertretung Holsteins in Bezug auf Schleswig wird geltend machen wollen, ob es ihm nicht gelingen wird, darüber zu einer Verständigung zu gelangen, in welchem Wege er eventuell für dieselben einzutreten sich bewegen finden sollte, — das dürfte doch vor allen Dingen abzuwarten sein, ehe von einer europäischen Einmischung die Rede sein könnte. Es ist ja möglich, daß die Verhältnisse dahin gekehren, daß der Zusammentritt einer europäischen Konferenz wünschenswerth, auch uns selbst wünschenswerth erscheinen könnte. Aber man wird nicht, noch ehe eine Differenz konstatiert worden, mit Konferenzen beginnen dürfen. Mit allem Recht haben Hr. v. Schleinitz, gegen Lord J. Russell bereits hervorgehoben, daß es sich in der schleswig'schen Frage überhaupt nur um das innere verfassungsmäßige Wechselverhältniß zwischen Holstein und Schleswig innerhalb der Gesamtmonarchie handle, von einer Bedrohung der Integrität der Monarchie also nicht die Rede sein könne.

Nach diesem Allen können wir den Vorschlag zu einer europäischen Konferenz für jetzt in der Lage der Sache nicht begründet finden. Die definitive Regulirung der Verfassungsverhältnisse Holsteins wird vielmehr, nach wie vor, der Fürsorge des Bundes vorbehalten bleiben müssen.

Wir erklären uns jedoch auch jetzt wiederholtlich gern bereit, falls die königl. dänische Regierung eine Erklärung im Sinne des Vorschlages des Lord A. Loftus abgeben sollte, unsfererseits am Bundestage dahin zu wirken, daß dies Exekutionsverfahren noch ferner stiller bleibe und dadurch zu einer ruhigen Verhandlung zwischen Dänemark und dem Bunde Zeit gewonnen werde. Wäre England geneigt, in Kopenhagen einen solchen Ausweg anzuempfehlen, so würde freilich der dänischen Regierung ihr Schritt sehr erleichtert werden, wenn er erfolgte, noch ehe am Bundestage ein Exekutionsantrag eingebracht wäre. Die Beratungen in Frankfurt werden aber nicht mehr lange hinausgeschoben bleiben dürfen, und eine Beschleunigung der Verwendung in Kopenhagen würde daher nothwendig sein.

Die Erklärung der k. dänischen Regierung würde etwa dahin gehen können: daß, nachdem die Regelung des Budgets nicht zu erreichen gewesen, das Budgetjahr aber schon längere Zeit ablaufe, die k. dänische Regierung für das gegenwärtige Finanzjahr vorläufig (bis zu händlicher Bewilligung) von der Quote Holsteins zu dem Extraordinarium Abstand nehmen wolle. Hieran wäre die Bemerkung zu knüpfen: daß allgemeine Gesetze für Holstein seit dem Bundesbeschluß vom 7. Febr. 1861 nicht erlassen seien und auch nicht in Aussicht ständen, so daß die betreffende Forderung jenes Beschlusses thatsächlich erledigt sei.

Hätte die k. dänische Regierung besondere Bedenken, eine solche Erklärung unmittelbar in Frankfurt abgeben zu lassen, so könnte sie den Ausweg wählen, dieselbe an die beiden deutschen Großmächte zu richten. Wir halten uns überzeugt, daß der Wiener Hof keinen Anstand nehmen würde, diesen Zugeständnis gemeinschaftlich mit uns dem Bunde vorzulegen und die Sistirung der Exekution und Anknüpfung weiterer Verhandlungen zu beschließen.

Hr. v. Schleinitz ist ganz ergeben, sich gefälligst hiernach gegen Lord J. Russell auszusprechen und demselben eine Abschrift dieser Depesche zuzulassen. — gez. Schleinitz.

Deutschland.

Aus Baden, 21. Aug., schreibt man dem „Schw. M.“: Unter den Segnern gegen den Abschluß eines deutschen Zoll- und Handelsvertrags mit Frankreich standen bisher unsere Weinproduzenten oben an. Denn sie glaubten in der erleichterten Einfuhr französischer Weine eine gefährliche Konkurrenz zu erblicken. Die nähere Kenntniß der wirklichen Sachlage beginnt allmählich einer richtigeren Beurtheilung der gegenseitigen Interessen auch hier Platz zu machen. In unserm Nachbarlande, dem Elsaß, stehen nämlich in neuerer Zeit die Mittelweine und die geringeren Sorten verhältnißmäßig sehr hoch im Preise und sind überhaupt gesucht. Der Grund hiervon liegt in dem durch die Eisenbahnen und Kanäle erleichterten Transport dieser Weine nach dem mittägigen Frankreich, wo sie mit den dortigen starken und schweren Weinen gemischt werden und diese zu einem angenehmen und beliebten Getränk umzuwandeln. Unsere badischen Weine, zumal unsere milden Markgräfler, würden sich hierzu nach der Ansicht der Sachverständigen noch viel besser eignen und in Fall einer Zollermäßigung bei Einfuhr nach Frankreich vor andern gesucht werden, darum im Preise eher

steigen als fallen. Ein uns befreundeter Besitzer eines ersten Weingeschäfts im Elsaß hat in neuester Zeit bei uns bedeutende Weinorräume angekauft, um sie in der Voraussicht einer bevorstehenden Ermäßigung der Einfuhrzölle in angelegener Weise zu verwenden.

*** Wörzheim, 23. Aug.** Am 8. oder 9. Sept. wird hier das Fest der Turner-Fahnenweihe stattfinden. Dasselbe dürfte nicht bloß auswärtige Turner in großer Anzahl, sondern auch sonst viele Fremde anlocken, da hiemit wieder eine Art Volksfest verknüpft wird. Auf unserm Festplatze, dem Hemsfelde, steht noch der Pavillon und das Holzwerk von mehreren Buden seit den denkwürdigen Jubiläen. Auch diesmal wird die Feier wieder zum Theil eine Huldigungsfeier für unsern geliebten Fürsten werden, da man zu deren Begleitung die Zeit des Allerhöchsten Geburtstages auswählte. Seit kurzem haben sich die hiesigen Gesangsvereine „Freundschaft“, „Hrosinn“, „Männer-Gesangsverein“ und „Sängerkränz“ dahin vereinigt, daß unter Leitung des Musikdirektors Schmitz fürderhin gemeinschaftliche Uebungen und Produktionen stattfinden sollen. Es ist zu erwarten, daß bei den verfügbaren tüchtigen Kräften, die gemeinsamen Leistungen schöne Resultate zur Folge haben werden.

△ Heidelberg, 22. Aug. Gestern wurde unterhalb unserer Stadt bei der Bergheimer Mühle ein seltsamer Fang in unserm Neckarfluß gefangen. Schon vor mehreren Tagen entdeckte man eine Menagerie, die zuletzt in Ladenburg gezeigt und von dort nach Karlsruhe verbracht wurde, ein ägyptisches Krokodil. Die Eigentümerin bemerkte übrigens ihren Verlust erst in letzterer Stadt, und meinte, daß ihr das Thier während des nächtlichen Transports entwendet worden sei. Indessen befand sich ihr Flüchtling in unserer Nähe und tummelte sich behaglich in den Fluthen unseres Stromes. Aus Vorsicht hatte man der Jugend das Baden im Flusse untersagt. Gestern gelang es endlich hiesigen Fischern, sich des wilden Fremdlinges mittelst starker Rege zu bemächtigen und ihn wohlbehalten nach dem nahe gelegenen Neuenheim zu verbringen, wo ihm einige Tage der Ruhe nach seiner Wasserfahrt gegönnt sind. Denn die von dem unerwarteten Wiederfinden ihres Lieblings benachrichtigte Eigentümerin überläßt den Betrag des Eintrittsgeldes, den das schaulustige Publikum zahlt, während dieser Zeit den wackeren Fischern zur Belohnung. Merkwürdig ist der außerordentliche Ausdruck von Freude des Thieres beim Wiedersehen seiner Herrin.

Wannheim, 23. Aug. (Wannh. J.) Von Seiten der im Badener Hofe sich versammelnden Wähler wurde in der gestrigen Versammlung Hr. Gemeinderath Philipp Artaria abermals als Bürgermeisterrats-Kandidat in Vorschlag gebracht.

△ Baden, 21. Aug. Der Höhepunkt der Saison dürfte wohl erreicht sein; die Zahl der einreisenden Fremden beträgt täglich gegen 500 und darüber, und die Gesamtsumme seit Beginn der Saison steht heute zwischen 31- und 32,000. Auch die Unterhaltungen und Vergnügungen sind an ihrem Höhepunkt angelangt. An ihrer Schilderung in der französischen Presse wird es diesmal jedenfalls nicht fehlen, indem die Pariser Blätter eine ganze Reihe Berichterstatter hieher gesendet haben. Bereits haben wir Namen wie Terrier, Solié, Escudier, Narbonneau, Brainne u. in den Fremdenlisten angegriffen. Mit Ende Juli ist die Reihe der Wochenkonzerte unterbrochen worden, und der erste Cyclus theatralischer Vorstellungen begann mit der ersten Darstellung von Gevaert's „Die beiden Liebhaber“, worüber bereits berichtet worden. Am 17. Aug. schloß der Operncyclus mit „Guten Abend, Nachbar!“, Musik von Ferd. Prise, und Gretry's „Neben dem Bild“. Es war vorzüglich dem klassischen Werkchen Gretry's beschieden, einen ungemeinen Beifall zu finden, der ebenso der trefflichen Darstellung der ausübenden Künstler, wie dem Genie des Tonsetzers zuzuschreiben ist, dessen Schöpfung nach fast 100 Jahren noch eine Anerkennung zu Theil wird, deren nur wenige der Neuzeit sich zu erfreuen haben. Mit der Abendunterhaltung vom 20. hat wieder eine neue Reihe von Konzerten begonnen, jedoch in anderer Art als die früheren, und zwar sowohl in Bezug auf die äußere Pracht als den innern Gehalt. Sämmtliche neuen Säle waren an diesem Abend geöffnet und strahlten in wundervoller Beleuchtung. Die Reuey's und Servais bewährten ihren alten Ruf; ihnen gesellte sich diesmal der in Frankreich renommierte Pianist Prudent bei. Das Auditorium bestand aus der Elite der hiesigen Gesellschaft, an der Spitze J. Maj. die Königin von Preußen. An dieses Konzert reiht sich nächsten Montag die große musikalische Produktion an, die unter Verlioz' Leitung im großen Saale stattfinden wird, und wozu das Programm bereits ausgegeben ist. Der Dirigent ist schon längere Zeit hier anwesend und mit den Vorbereitungen für die Produktion beschäftigt, namentlich für die Nummern seiner eigenen Komposition. Es sind folgende: Harold in Italien, Symphonie in 4 Abtheilungen; Offertorium, dieses iras und tuba mirum spargens aus seinem Requiem, wozu eine Anzahl von Posauern verschrieben sein soll. Außer Sivori werden noch Frau Escudier-Koster, Frln. Monrose und Hr. Renard als Solisten auftreten. Wenige Tage nach dieser musikalischen Festivität, wozu das Orchester und die Chöre aus Künstlern aus Baden, von dem großh. Hoftheater in Karlsruhe, aus Nassau und Stuttgart bestehen werden, nehmen die großen Rennen ihren Anfang, welche den Glanzpunkt der Saison bezeichnen. Es folgt dabei zugleich die Festfeier des Geburtstages des Großherzogs, und es beginnt wieder eine neue Reihe von Opernvorstellungen.

— Von der Elz, 22. Aug. In dem Dorfe K. in unserer Nähe ist jüngst ein Todesfall unter etwas zweifelhaften Umständen eingetreten. Unbestimmte Gerüchte drückten die Meinung aus, derselbe möchte seine Ursache in einer Gewaltanwendung haben. Die vorgenommene Legaluntersuchung soll denn auch zur Entdeckung einer bedeutenden Schädelverletzung am Vorderkopf geführt haben, die jedoch schon einige Monate alt gewesen sein konnte. Der Verdacht der

That fiel auf die Familie des Verstorbenen, und wirklich sollen die Indizien eine so bestimmte Gestalt angenommen haben, daß der Sohn desselben verhaftet und in Untersuchung gezogen wurde. Näheres und Zuverlässigeres kann vorerst noch nicht mitgeteilt werden.

*** Stuttgart, 22. Aug.** Die Abgeordneten-Kammer beschäftigte sich gestern mit dem Bericht der Finanzkommission über das Kriegsdepartement. Der Gegenstand gibt dem Hause reichlichen Anlaß zu Erläuterungen und brennenden Zeitfragen. Rödinger beginnt mit dem Hinweis auf die enormen Ausgaben, die man mitten im Frieden für Militärzwecke macht; Württemberg müsse fast die Hälfte seiner Staatseinnahmen dafür verwenden. So könne es nicht fortgehen; man müsse warnen vor dem ewigen Kriegsgeschrei; man müsse auf eine einheitliche Organisation und Leitung des deutschen Bundesheeres, Errichtung der Volkswehr, und im Einzelnen auf die größte Sparsamkeit hinwirken.

Mohl ist anderer Ansicht. Der Krieg sei nur verschoben; so lange in Frankreich der Alp auf Europa lasse, sei kein Friede möglich, sondern der Friede nur eine Vorbereitung zum Krieg, und da sei es eines Volkes, möge es politisch organisiert sein wie es wolle, würdig, sich bis an die Zähne zu waffnen, koste das auch noch so viel; lieber viel zahlen vorher, als nachher dem Feinde feige preisgeben. Damit werde aber Deutschland nicht geholfen, daß man Volksbewaffnung einführe, das sehe man jetzt an Nordamerika. Man müsse hier die thatsächlichen Verhältnisse ins Auge fassen. Den günstigen Augenblick habe diejenige deutsche Macht veräumt, welcher man die einheitliche diplomatische und militärische Leitung habe in die Hände geben wollen; weil dieser Augenblick verpaßt worden sei, so müssen wir fort und fort gerüstet sein. Für uns in Süddeutschland heiße es jetzt: „Halt Dir selbst, so wird Dir Gott helfen!“ Er halte es nicht für politisch, daß wir in Süddeutschland die einheitliche Leitung an eine Macht übergeben, an welcher wir keinen Rückhalt haben.

Feger ist im Allgemeinen mit Rödinger's Ansichten einverstanden. Man solle für jedes Jahr beinahe 4 Millionen für den Kriegszweck bewilligen, und müsse sich doch sagen, daß wir, sobald der Krieg ausbreche, nutzlos alle diese Ausgaben gemacht haben; daß wir nicht wissen, ob wir nicht die Beute des Feindes werden werden. Auf die Angriffe Mohl's gegen die Bestrebungen Preußens auf Herstellung einer Centralgewalt in Deutschland zu antworten, wolle er sich enthalten. Das aber wolle er die Regierung fragen, ob sie glaube, mit dem gegenwärtigen System das Land vor den Folgen eines Kriegs zu wahren, ob sie nicht von dem ungerechten System des Konfiskationswesens abgehen wolle. Dem Abg. Mohl halte er vor, daß der erste Napoleon durch die Kraft des Volkes besiegt worden sei (Mohl: das ziehe ich in Abrede), und er, der Redner, glaube, daß ein bewaffnetes Volk auch dem jetzigen Napoleon gegenüber eine ganz andere Kraft zur Ausherrschung bringen werde als das stehende Heer, so sehr er im Einzelnen die Vorzüge desselben bei uns anerkenne.

Weber: Was die Erläuterung Mohl's, welche dieser nach seiner Gewohnheit wieder gegen einen unserer mächtigsten Bundesgenossen gemacht, betreffe, so halte er diese nicht für angemessen, denn wir werden diesen Bundesgenossen in der Stunde der Gefahr sehr wohl nöthig haben (mehrere Stimmen: sehr gut). In Beziehung auf das stehende Heer aber sei er ganz der Ansicht Mohl's. Was die Volksbewaffnung betreffe, so habe Preußen bei den Befreiungskriegen 260,000 Mann in das Feld gestellt, und darunter nicht mehr als 12,000 Mann Freiwillige. Hoff verwilligt, wie üblich, für das Militär nichts, so lange es unter dem Einfluß des ihm verhassten Bundestags steht.

Kriegsminister v. Miller: In dem Berichte sei gründlich nachgewiesen, wodurch die stete Erhöhung des Etats veranlaßt werde. Der Ansicht Mohl's, welcher den stehenden Heeren das Wort geredet, müsse er vollständig beistimmen; die Stärke Frankreichs bestuhe einzig auf seinem organisierten aktiven Heere, alle Eisenbahnen Frankreichs seien nach militärischen Rücksichten gebaut, deshalb bedürfe es auch in Deutschland vor Allem der Einigkeit in militärischer Beziehung, wenn Deutschland nicht zu Grunde gehen solle, und ebenso seien die Bemühungen der Regierungen auf eine einheitliche Leitung des Kriegswesens gerichtet. Eine Volksbewaffnung würde vollends im gegenwärtigen Augenblick gar nicht einzuführen sein.

Probst wünscht, daß die in Deutschland einheimische Turnerei als Vorstufe für den Kriegsdienst benützt würde, wodurch die Kosten für die Präsenz stark verringert und die besten Kräfte für die Verteidigung des Vaterlandes organisiert und gewonnen würden. Schott: Der Vorschlag, das stehende Heer zu vermindern, sei ein frommer Wunsch, welcher dementgegen vor der Macht der That nicht bestehen könne. So lange Frankreich mit einer Entwaffnung nicht vorangehe, könne Deutschland seine stehenden Heere nicht reduzieren. Es sei Pflicht der Selbsterhaltung für uns, die wir so nahe an der Grenze liegen, lieber große Opfer zu bringen, als der Gefahr in den Rücken zu laufen. Dem Gedankens Probst's mit der Turnerei tritt Schott mit Zustimmung bei. Daß man immer wieder zurückkomme auf die Verlegenheit des Dualismus, dies könne man Niemand verübeln, und es werde für die preussische Regierung wohl als Antrieb dienen können, mit ihrer Zukunftspolitik freier und freimüthiger vor die Nation zu treten. Schott wünscht Mittheilungen über den Zweck und die Resultate der Würzburger Konferenz an.

Kriegsminister: Er erkläre, daß er sehr gern bereit sei, die Turnübungen, welche den Rekruten in den Stand setzen werden, früher einzuleiten zu werden, zu unterstützen; daß aber dies auf den Stand der Präsenz von großem Einfluß sein werde, sei zu verneinen. Was die Würzburger Verhandlungen betreffe, so erkläre er auf's bestimmteste, daß die Würzburger Verhandlungen entfernt nicht gegen Preußen gerichtet gewesen seien; daß aber die dort vertretenen Staaten die Frage sich vorgelegt haben: werden wir in der Stunde der Gefahr von Oesterreich, werden wir von Preußen rechtzeitig vertheidigt werden können? Die Antwort sei gewesen: nein, und deshalb sei es für die durch ihre Vertreter zu Würzburg

versammelten Regierungen ganz natürlich gewesen, daß sie sich darüber vereinigt haben, gemeinsam zusammenzutreten und sich selbst zu vertheidigen. Dies sei das ganze Geheimniß der Würzburger Konferenzen.

Hölder: Was die allgemeinen Fragen betreffe, welche angeregt worden, so habe er schon früher seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß das System der stehenden Heere derart gespannt und gesteigert sei, daß es nicht mehr auf die Länge beizubehalten sei. Was die Frage des deutschen Oberbefehls betreffe, so fürchte er sehr, daß alle gebrachten Opfer vergeblich sein werden, wenn es die Regierungen nicht über sich gewinnen können, in dieser Frage eine Vereinbarung zu treffen. Er glaube aber, daß Erwas erreicht werden könnte, wenn von allen Seiten der gute Wille vorhanden wäre. Süddeutschland allein für sich sei nicht im Stande, nachhaltig sich zu vertheidigen, und müsse sich in den Zusammenhang mit dem Ganzen stellen. Wenn ein Krieg gegen Frankreich ausbreche, so zweifle er, ob Oesterreich im Stande sein werde, mit irgend einer erheblichen Truppenmacht in Deutschland zu erscheinen; es werde also ohne Zweifel die Situation eintreten, daß auf dem deutschen Kriegstheater Preußen neben Süddeutschland erscheinen werde, und für diesen Fall, glaube er, werde gar nichts übrig bleiben, als daß Preußen den Oberbefehl führe. Zugabe aber wolle er, daß, wenn an Preußen der Oberbefehl gegeben werde, dies auf Grund eines deutschen Kriegsplans zu geschehen habe, damit Süddeutschland so gut wie Norddeutschland geschützt und vertheidigt werde. Würden aber die süddeutschen Staaten auf sich selbst sich stellen, dann könnten traurige Folgen in wenigen Wochen eintreten.

Kriegsminister: Er sei vollkommen einverstanden damit, daß ein einheitlicher Oberbefehl herbeigeführt werden müsse; er erkläre, daß die Würzburger Regierungen den preussischen Oberbefehl unbedingt anerkannt haben, wann und sobald ein preussisches Heer zu uns gestoßen sein und an dem Krieg gegen Frankreich Antheil genommen haben werde. Die Würzburger Regierungen haben nur für den ersten Anprall gesichert sein wollen, und haben deshalb unter sich ausgemacht, daß sie in der Stunde der Gefahr mit ihren Kontingenten (200,000 Mann) so gleich an den Rhein vorrücken werden. Die Würzburger Regierungen haben nicht gesagt und geglaubt, daß sie mit ihrem Kontingente von 200,000 Mann gegen Frankreich für immer ausreichen werden; vielmehr seien sie von der Ansicht ausgegangen, daß Preußen in diesem Falle nachrücken müsse. Die Würzburger Regierungen haben den preussischen Oberbefehl vollkommen anerkannt und erkennen ihn jetzt noch vollkommen an; sobald Preußen zu den süddeutschen Heeren gestoßen sein werde, so könne der Oberbefehl an Niemand anders, als an Preußen fallen. Dies verziehe sich von selbst, denn einer einheitlichen Leitung bedürfe es unter allen Umständen.

Es sprechen noch Nickel, Rödinger, Mohl, Reyscher. Er habe es bedauert, sagt Reyscher, daß die allgemeine deutsche Frage heute wieder hereingezogen worden sei. Wenn es ein Vergehen sei, entgegen Reyscher gegen Mohl, Deutschland einig machen zu wollen, so betenne er sich gern zu diesem Vergehen. In der Natur der Verhältnisse liege es, daß der mächtigste deutsche Staat die einheitliche Leitung habe. Er halte es für schlimm, für nachtheilig, Mißtrauen auszusäen. Er danke dem Kriegsminister für Das, was er als Zweck der Würzburger Konferenzen angegeben habe. Die Unterstützung der süddeutschen Truppen durch die norddeutschen, insbesondere die preussischen, hält Reyscher unter allen Umständen für geboten.

Kriegsminister: Wenn die 4 Armeekorps offensiv gegen die französische Grenze vorrücken, und sich Preußen, wie es wohl in seinem Interesse liege, anschließe, so verziehe es sich, wie er schon bemerkt, ganz von selbst, daß Preußen den Oberbefehl bekomme; es könne ihn Niemand anders bekommen. Varnbüler (gegen Reyscher): Es sei kein Vergehen, wenn man auf die Einigkeit Deutschlands hinwirke; aber Das sei ein Vergehen, wenn man zur Herstellung der Einheit Oesterreich aus Deutschland hinausdrängen wolle. Er frage, wie eine Partei, welche Deutschland um seine schönsten und ältesten Provinzen bringen wolle, sich eine nationale nennen könne?

Der Präsident findet sich zu der Bemerkung veranlaßt, daß man an der Berathung des Kriegsetats siehe. Bei dieser Partei, welche Reyscher vertritt, entgegen Nieß, handle es sich um gar nichts Anderes, als um den Ausschluß Oesterreichs; Kleindeutschland könne sich aber ohne Oesterreich nicht nachhaltig behaupten. Was eine Volksbewaffnung betreffe, so würde eine solche, sagt Nieß, vielleicht noch mehr kosten als die stehenden Heere; der Schuß aber, welcher uns brüde, sei die starke Präsenz; in dieser Beziehung sollte Abhilfe geschaffen werden. Reyscher spricht gegen den Vorwurf, welcher der Nationalpartei gemacht werde, als ob diese es auf eine Trennung von Oesterreich absehe. Mohl: Er sei entfernt davon, Mißtrauen zu säen; wohl aber glaube er, daß diejenige Partei Mißtrauen säe, welche mit einem gewissen Fanatismus bestrebt sei, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen. Um 12 Uhr wird diese Debatte geschlossen, und die Kammer gelangt an die Berathung des Kriegsetats.

*** Stuttgart, 22. Aug.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Militärbudget fortgesetzt. Es kam zu sehr unerquicklichen Debatten über die im Jahr 1859 vorausgesetzten Feldausstattungsgeelder, namentlich darüber, ob von Seiten des Kriegsministeriums die Zurückforderung der Hälfte hätte angeordnet werden sollen. Schließlich wird die Ausgabe genehmigt. In Betreff der Jägerbataillone stellt die Kommission den Antrag: Die hohe Kammer wolle der Errichtung der beiden Jägerbataillone ihre nachträgliche Zustimmung erteilen und den dadurch im außerordentlichen Dienst des Jahres 1859 verursachten Mehraufwand anerkennen. Hölder hätte gewünscht, daß der Landtag früher wäre berufen worden, um vorher die Genehmigung der Kammer einzuholen. Kriegsminister: Die Jägerbataillone wurden errichtet, weil die Franzosen darin voran waren, weil es sich in Italien zeigte, daß sie von

größtem Einfluß auf die Kriegführung sind. Die Stände deshalb zu berufen, wäre nicht gerechtfertigt gewesen. Hr. v. Gütlingen stellt den Antrag, die Kammer wolle gegen die Regierung die Geneigtheit aussprechen, die Mittel zu bewilligen, daß den Beamten und Offizieren der beiden Jägerbataillone die ihnen rechtlich für ihre Grade gebührende Gehalte und Dienstalterszulage nachträglich gegeben werden könne. Hr. v. Gütlingen ist damit einverstanden, daß die Sache zuvor an die Kommission der Beamten der beiden Jägerbataillone übergeben werde. Hr. v. Gütlingen ist damit einverstanden, daß die Sache zuvor an die Kommission der Beamten der beiden Jägerbataillone übergeben werde. Hr. v. Gütlingen ist damit einverstanden, daß die Sache zuvor an die Kommission der Beamten der beiden Jägerbataillone übergeben werde.

Nach sprechen Höder, Hr. v. Gütlingen, Schott, Probst, Rödinger, worauf die Errichtung der Jägerbataillone durch Annahme des Kommissionsantrags genehmigt, der Antrag des Hr. v. Gütlingen dagegen abgelehnt wird. Sodann wird der Kommissionsantrag auf nachträgliche Genehmigung des außerord. Arsenalaufwandes von 1859 genehmigt.

* München, 21. Aug. Die Abgeordnetenkammer nahm heute den Antrag des Abg. Dr. Edel, die Einführung des Turnens in das System des öffentlichen Unterrichts betr., an. Sie richtet somit an den König die Bitte:

Es möge die körperliche Ausbildung der Jugend durch Turnen in entsprechender Weise in das System des öffentlichen Unterrichts eingereiht, und das Bedürfnis dieses Unterrichtszweiges, soweit nötig durch Gewährung budgetmäßiger Mittel, berücksichtigt werden.

Ungewöhnliches Aufsehen macht ein Antrag des pfälzischen Abg. Umbach in folgenden Inhalts:

Hochs. Kammer wolle ansprechen: daß der k. Generalstaatsprokurator am Appellationsgericht zu Zweibrücken, Ludwig v. Schmitt, seine amtliche Stellung zur Einwirkung auf die garantierte Unabhängigkeit der Richter in der Pfalz mißbraucht und hierdurch die Staatsverfassung verletzt hat; — sie wolle demgemäß auf Grund des §. 5, Tit. X. der Verfassungsurkunde bei Sr. Maj. dem König verfassungsgemäße Beschwerde erheben.

Dr. Umbach hat als Belege seinem Antrage zwei Beilagen beigelegt. Die erste enthält eine Zusammenstellung der Gesamtzahl der Polizeibeamten mit Angabe der Prozentverhältnisse der Gefängnisparteien zu den Urtheilen auf Geldstrafe aus den Etatsjahren 1833—1860. Die zweite Beilage bildet das Generale des k. Generalstaatsprokurators an die k. Landrichter in Betreff ihrer Geschäftsführung.

† Vom Main, 22. Aug. Der Sollstand des Bundesheeres an Haupt- und Reservecontingent beträgt 452,763 Mann; statt dessen ist dasselbe im laufenden Jahre in einer Gesamtstärke von 643,130 Mann vorhanden. Das bundesmäßige Contingent Oesterreichs beträgt 142,233 Mann; Oesterreich hat aber 182,614 Mann gestellt; Preußen hat 120,412 Mann gar fast das Doppelte, nämlich 211,851 Mann. Ueberhaupt sind alle Bundescontingente stärker, als die Bundesforderung es bedingt (Baden stellt 15,000 Mann 17,411 Mann); nur Sachsen-Weimar und Frankfurt bleiben hinter dieser Zahl zurück.

Kassel, 21. Aug. (Hr. Bl.) Zweihundert hiesige Bürger, darunter sämtliche Mitglieder des Stadtraths, sowie des ordentlichen und außerordentlichen Bürgerausschusses, haben an den österreichischen Reichsraths-Abgeordneten Rechauser das nachstehende Dankschreiben gerichtet und heute abgelesen.

Hochverehrter Herr! Aus den öffentlichen Blättern haben wir, die unterzeichneten Bürger der Stadt Kassel, erfahren, wie Sie und Ihre Gesinnungsgenossen in österreichischen Abgeordnetenhause die politischen Rechte unseres Vaterlandes zum Gegenstande einer wiederholten Interpellation an den Minister des Auswärtigen gemacht haben. Wir fühlen uns gebunden, Ihnen, hochverehrter Herr, für diesen Beweis von Theilnahme und politischem Mitgefühl unsern warmen und aufrichtigen Dank auszusprechen, und geben diesem Gefühl der Dankbarkeit einen um so freudigeren Ausdruck, als wir die hohe Bedeutung wohl zu würdigen wissen, welche das Eintreten gerade der österreichischen Landesvertretung für unsere Sache haben würde.

Zu dem Kampfe, den wir für das gute Recht unseres Landes aufgenommen, werden wir und mit uns — daß sind wir fest überzeugt — das gesammte kurbesische Volk, mit all dem Ernste, der Nachhaltigkeit und Opferwilligkeit ausstehen, die uns den endlichen Sieg früher oder später sichern müssen, obwohl unser Land — wie wir nicht verschweigen wollen — in diesem Kampfe große, sehr große Opfer bringt, viel größere, als man in Deutschland anzunehmen scheint. Wir wissen jedoch, daß wir diesen Kampf auf dem von uns eingeschlagenen Wege des geschlichen Widerstandes nicht mit eigenen Kräften durchzuführen vermögen, daß wir dazu vielmehr der rückhaltlosen und thätigen Unterstützung des ganzen deutschen Volkes bedürfen.

Diese Unterstützung hat uns bis dahin nicht gefehlt. Die deutschen Ständevertretungen haben in ihrer Mehrzahl sich ausdrücklich für unsere Sache erklärt, wohl wissend, daß in dem kurbesischen Verfassungsstreite die allgemeine deutsche staatsrechtliche Frage zum Austrag gebracht wird, ob in Zukunft im deutschen Lande verbriefte Volkrechte noch Geltung behalten sollen. Daß sich indes nun auch im österreichischen Reichsrathe eine Stimme für unser Recht erheben, das hat uns nicht bloß im Hinblick auf die gewichtige Stellung der k. Regierung zu dem Ausgang unseres Kampfes, sondern vorzugsweise auch aus dem Grunde mit hoher Freude erfüllt, weil wir darin den Beweis erblickten, daß im Wiener Reichsrathe über den schwersten Fragen der Neugeschaltung des Kaiserthums die rein deutschen Interessen nicht außer Augen gelassen werden und das Gefühl der Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Deutschlands nicht erkalte ist.

Wir bitten schließlich, diese Worte des Dankes in unserm Namen und, wir glauben mit Zug und Recht sagen zu können, im Namen des ganzen kurbesischen Volkes, zugleich Ihren verehrten Gesinnungsgenossen

im Abgeordnetenhause auszusprechen zu wollen, und verharren in ausgedehnter Hochachtung Die Bürger der Stadt Kassel.

Hamburg, 20. Aug. Der König von Schweden ist gestern Abend im strengsten Intognito unter dem Namen eines Grafen v. Beckastoff hier eingetroffen.

Aus Holstein, 20. Aug. Die Massenbesuche scheinen in unserm deutschen Norden in diesem Sommer an der Tagesordnung zu sein. Kiel hat am nächsten Sonntag zahlreichen Besuch aus Hadersleben, Apenrade, Flensburg, Schleswig, Tönning und andern kleineren Plätzen des Herzogthums Schleswig zu erwarten. Es heißt, daß mindestens 1000 Personen dort eintreffen werden. Man darf gespannt sein, zu erfahren, wie man in Kopenhagen, wo die Blätter so viel Lärm aus der Reise der sog. Schleswiger machten, diesen Massenbesuch von Schleswigern in dem den ultranationalen Dänen gründlich verhassten Kiel aufnehmen wird.

Berlin, 21. Aug. (Zeit.) Das Programm zur Krönungsfest steht jetzt bis auf einige Einzelheiten, die vielleicht noch eine Abänderung erleiden können, fest. Der König wird sich am 13. Oktober nach Bromberg begeben, wo die Enthüllung der Statue Friedrichs des Großen stattfinden wird; am 14. wird der Einzug in Königsberg erfolgen; nachdem der 15., als Geburtstag des verstorbenen Königs, in der Stille begangen ist, werden am 16. und 17. die Festlichkeiten beginnen und am 18. die feierliche Krönung stattfinden. Für die Wahl dieses Tages soll bei Sr. Majestät hauptsächlich der Umstand den Ausschlag gegeben haben, daß es der Geburtstag des Kronprinzen ist. Vom 19.—21. fällt die Reise nach Danzig, wo der König bis zum 22. verweilen wird; am 23. soll dann der feierliche Einzug in Berlin stattfinden. Da indessen die beträchtliche Entfernung zwischen Danzig und Berlin ein rechtzeitiges Eintreffen des königlichen Zuges in der Hauptstadt kaum möglich macht, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß zwischen Danzig und Berlin noch Zwischenstationen festgesetzt werden, z. B. in Frankfurt a. O. oder auch in Bromberg, in welchem Falle dann die Enthüllungsfestlichkeit in letzterer Stadt wohl auf diesen Zeitpunkt der königlichen Reise von Königsberg verschoben werden würde. Der Einzug in Berlin würde dann auf den 24. verlegt werden. Der Krönungstag am 18. wird zunächst durch einen feierlichen Akt eingeweiht werden; hierauf wird der König vom Throne herab, der auf dem Schloßhofe aufgestellt werden wird, die Glückwünsche seines Volkes entgegennehmen. Außer den bisherigen Präbidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses wird noch ein Sprecher der „Zeugen aus den Provinzen“, sowie je einer der Geistlichkeit beider Konfessionen das Wort ergreifen. — Der für das nächste Jahr in Berlin anberaumt gewesene Kongreß des internationalen statistischen Vereins in London wird wegen der im Jahr 1862 in London stattfindenden Industrieausstellung auf ein Jahr vertagt werden. — Dem verstorbenen Professor Stahl wird von seinen reichen Freunden und Verehrern ein Denkmal gesetzt werden; die Subscriptionslisten zirkulieren bereits.

Weinigen, 21. Aug. Man schreibt dem „Hr. J.“: Ueber die dem dirigirenden Staatsminister Harbou gegebene Entlassung kann aus guter Quelle folgendes mitgeteilt werden: Seitens der mit Gotha verwandten Ernestinischen Häuser sollte ein Protest gegen die Militärkonvention vorbereitet, bezuglich ausgeführt werden. Der Protest war bereits in dem Kabinete des Herzogs ausgearbeitet, und Hr. Harbou wurde um seine Gegenseignung angegangen. Auf dessen Weigerung wurde ihm angedeutet, seine Entlassung zu nehmen. Da für den Minister eine Veranlassung hierzu nicht vorzuliegen schien, so empfing er kurz darnach von dem Herzog seinen Abschied in wenig gnädiger Form. Alle andern Versionen über unsere Ministerkrise sind wohl unbegründet.

Wien, 20. Aug. Der Präsident gibt in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bekannt, daß der in Folge der Mühlbühl'schen Anträge niedergelagte Ausschuß ein Gesetz zum Schutze des Brief- und Schriftgeheimnisses bereits entworfen und die Drucklegung veranlaßt habe. Der Kriegsminister beantwortete (wie bereits telegraphisch berichtet) die Interpellation von Mörtl: „warum Beurteilungen beim Militär nicht in größerem Maße stattfinden“, dahin: Er sei gern bereit, dem Hause Interpellationen nach seinen besten Kräften zu beantworten; doch im vorliegenden Fall erjude er, sich mit der Erklärung zu begnügen, daß die Beurteilungen in größerem Maße bewilligt werden würden, wenn die Verhältnisse in diesem Augenblicke es gestatteten. (Bravo) Sodann wird die Spezialdebatte über das Ausgleichsgesetz bis §. 19 fortgesetzt.

Wien, 21. Aug. Die offiziöse „Donau-Ztg.“ begleitet die Auflösung des ungarischen Landtags mit einem bemerkenswerthen Artikel. Die Februarverfassung, sagt das Blatt, dürfe nicht in Frage gestellt werden; dies hieße vor der Erfüllung einer heiligen Pflicht zurückschrecken, weil sie schwer fällt. Gerade aus dem Umfange, daß die Februarverfassung von Extremen gehaßt wird, glaubt die „Donauzeitung“ deduzieren zu können, daß sie gut ist und darum festgehalten werden muß, weil Oesterreich in den letzten Jahren durch nichts mehr Schaden erlitten hat, als durch den häufigen Wechsel der staatsrechtlichen Grundlagen. Die nächste Aufgabe, schließt dieser Artikel, welche die Regierung zu lösen hat, ist daher klar vorgezeichnet; es handelt sich darum, eine Reihenfolge passender Mittel zu finden, um Ungarn in unlösliche Verbindung mit dem Organismus des österreichischen Staates zu bringen, und umgekehrt alle Bestrebungen entgegengelegter Richtung wo möglich ohne Gewalt zu durchkreuzen. — Der kaiserl. Kommissär, welcher mit der Ueberbringung des Restripts, welches den ungarischen Landtag auflöst, betraut wurde, ist der F. J. M. Graf Haller.

Italien. Turin, 19. Aug. (Köln. Ztg.) Die Nachricht, daß in Caprera auf Garibaldi ein Mordversuch geschehen sollte, bestätigt sich. Derselbe wurde durch die Wachsamkeit

der Gendarmen vereitelt; es waren zwei Kerle gegen ihn ausgesandt, denen es gelang, zu entwischen. Es wird ihnen nachgestellt.

Turin, 19. Aug. Die offiziöse „Turin. Ztg.“ enthält folgende Korrespondenz aus Neapel:

Die Gerichte, die von der Ermordung einer Abtheilung der Anstalten verbreitet waren, erhielten diesen Morgen vollkommene Befähigung. Eine Kompagnie des 36. Regiments unter einem Offizier wurde zwischen Ponte Landolfo und Casalduni in der Provinz Benevent umringt und getödtet. Der Offizier ward zuletzt an einen Baum gebunden und gesteinigt. Gestern Morgen (12. d.) erschienen unsere Truppen vor den Thoren der beiden obengenannten Flecken und wurden mit Flintenschüssen empfangen. Nach lebhaftem Kampfe drangen sie ein und Ponte Landolfo und Casalduni existiren nicht mehr. Die Flammen verzehrten die Häuser, die Waffen erreichten die Fliehenden. Die ermordeten italienischen Soldaten sind gerächt. Der Schrecken suchte die Thäler heim und drang bis vor die Thore Neapels.

In Neapel wurden neue Verhaftungen vorgenommen, besonders von Priestern, nämlich der Penitenzier Pica, fünf Pfarrer und andere Personen. — Die englische Flotte im Golf von Neapel besteht aus acht Schiffen, nämlich dem „Marlborough“, „London“, „Reyn“, „Victor Emanuel“, „Queen“, „Doris“, „James Watt“ und „Ermouth“.

Frankreich. Paris, 22. Aug. Man schreibt dem „Moniteur“ aus dem Lager von Chalons, 21. d. u. A.: Gestern hat der Kaiser, von Prinz Wilhelm von Baden, der Prinzessin Karoline, zu Pferd, dem Kriegsminister und Marschall Mac Mahon begleitet, das ganze Lager und alle militärischen Anstalten bis in die kleinsten Details besichtigt. Heute hat der Kaiser das Lager verlassen und sich nach Plombières begeben. Samstag wird er nach Paris kommen und Sonntag wird ein Ministerrath stattfinden. Sr. Majestät wird sich so dann Anfangs nächster Woche nach den Pyrenäen begeben. — Es bestätigt sich, daß Hr. Chigi, an Stelle des Mgr. Sacconi, zum Nuntius in Paris ernannt werden soll. — Hr. v. Persigny hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, welches diesen Beamten vorschreibt, vor der Eröffnung des Generalraths die Darlegung sämtlicher Fragen, welche in der Session verhandelt werden, vorzulegen, damit außerhalb der Kommissionsarbeiten jedes Mitglied an den Diskussionen Theil nehmen könne. — Die Verhandlungen des Prozesses Mirès dauern fort. Hr. Mirès vertheidigt sich mit ziemlich viel Geschick. — 3proz. 68.45. Dst 586.25.

Paris, 22. Aug. Hr. Thouvenel hat eine Note an das englische Kabinete gerichtet, worin er um „freundschaftliche“ Aufschlüsse über die Anwesenheit des englischen Geschwaders in den neapolitanischen Gewässern nachsucht. — Der Marineminister giebt sich gegen Ende des nächsten Monats nach Toulon zur Besichtigung der dortigen Hafeneinfestigungsarbeiten. — Aus den Arsenalen gehen fortwährend Waffen und Munition, namentlich Säbel, ab, wie man sagt, nach Cochinchina. — Gestern und heute wurden die Verhandlungen in der Mirès'schen Angelegenheit fortgesetzt. Das Verhör ist geschlossen. Ein trauriges Licht werfen die Enthüllungen des Mirès auf seinen Ex-Affocié Solar, den Mirès geradezu beschuldigt, ihm mittelst eines falschen Schlüssels wichtige Papiere und die dabei gelegenen 100,000 Frs. gestohlen zu haben. Auch daß Mirès erklärt, daß gewisse Initialen, welche allerlei Gerüchte veranlaßten, sich lediglich auf Solar, Barbet-Devaux u. s. w. beziehen, wird ihm sicherlich zu gut gehalten werden und wohl jedenfalls eine Strafmäßigung eintragen. Montag um 11 Uhr beginnt das Plaidoyer. — In Versailles kam es zu ernstern Prügeln zwischen den dort garnisonirenden Carabinieren und den Zuvauern. Ein Zuvauer wurde getödtet. Die gegenseitige Erbitterung ist so groß, daß wahrscheinlich beide Korps verlegt werden müssen. — Im Departement Haute-Vienne hat der Präfekt nach vielfährigem Kampfe endlich eingewilligt, daß die Protestanten ihre Kinder von protestantischen Lehrern dürfen unterrichten lassen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt jedoch, daß keine katholische Kinder in diese Schulen aufgenommen werden.

Dänemark. Kopenhagen, 19. Aug. In Bezug auf die Mittheilungen der „Spen. Z.“ über die letzten Verhandlungen, betreffend das holländische Budget, erklärt (wie bereits telegraphisch erwähnt) die „Berlingske Ztg.“:

Wir müssen bemerken, daß die Unterhandlungen, welche zu der Erklärung vom 29. Juli geführt haben, von Seiten der dänischen Regierung einzig und allein mit dem englischen Kabinete geführt worden sind, und die Erklärung selbst, welche diesem Kabinete mitgeteilt worden ist, demselben keine Veranlassung zu irgendwelcher Erinnerung gegeben hat, indem sie mit den stattgehabten Aeußerungen vollkommen übereinstimmend gefunden worden ist. Die Erklärung selbst hat darauf — wie wir mit Bestimmtheit wissen — ohne irgendwelche weitere Mittheilung von Seiten der dänischen Regierung sowohl den Kabinetten in Berlin und Wien, wie später dem Bundestag vorgelegen, ehe diese ihre Beschlüsse gefaßt haben.

Türkei. In der Herzegowina haben drei Gesandte zwischen den Truppen Dmer Pascha's und den Montenegrinern stattgefunden, bei welchen der Vortheil auf Seiten der Türken blieb. Nach dem Siege hat der Serdar eine neue Proklamatio an die Bewohner der Herzegowina erlassen, worin er verspricht, daß die Porte allen ihren Forderungen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde, und in welchem er sie zur Versöhnung auffordert.

Für die Wittve des verunglückten Bahnmanns Joh. Wehrlein aus Muggensturm (Karlsruher Zeitung Nr. 198) sind bei uns eingegangen: Von H. B. 1 fl.; von Ungenannt 10 fl.; von G. K. 1 fl.; von Kaufmann J. Heule 2 fl.; von einem Pensionierten 3 fl. 30 kr.; von M. J. 30 kr. Zusammen 18 fl. Zu weiterer Annahme von Gaben sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 23. August 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung. Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.a.668. Karlsruhe. Heute Morgen um 8 Uhr entschlief sanft der großherzogl. Oberst vom Armeekorps Ferdinand Wolff im 70. Lebensjahre; was wir hiermit auswärtigen Freunden und Bekannten mittheilen.
Karlsruhe, den 23. August 1861.
Die Hinterbliebenen.

3.a.627. Triberg.
Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten stellen wir unsern innigsten Dank ab für ihre Theilnahme, welche sie während der langen Krankheit und bei der Beerdigung unseres so früh dahingewandenen Gatten und Waters, des Hauptlehrers Casimir Holzmann, erwiesen haben.
Triberg, den 21. August 1861.
Barbara Holzmann,
geb. Kienzler,
und drei Töchter.

3.a.659. Nr. 7200. Donaueschingen.
Die Tilgung des fürstlich fürstenbergischen 3 1/2% Anlehens von zwei Millionen Gulden betr.
Am 19. d. M. sind nachstehende Partialobligationen mit den dazu gehörigen Zinscoupons vernichtet worden, nämlich:
1) von Lit. A. à 1000 fl.
Nr. 244. 246. 248. 331. 333. 337.
2) von Lit. B. à 500 fl.
Nr. 278. 304. 339. 464. 465. 466. 497. 498. 521. 534. 586. 587.
3) von Lit. C. à 100 fl.
Nr. 143. 157. 164. 182. 215.
Dies wird gemäß den Anleihebedingungen an der bekannt gemacht.
Donaueschingen, den 21. August 1861.
Fürstlich Fürstenbergische Domänenkanzlei.

3.a.615. Bei Tob. Köfler in Mannheim ist so eben erschienen und durch die Buchhandlungen zu beziehen:
Drei Stimmen aus Frankreich, England und Amerika
über die religiöse Bewegung der Gegenwart. Uebersetzt und herausgegeben von Carl Scholl. Ladenpreis 24 fr.

3.a.672. Phalsbourg. Un grand nombre d'anciens élèves du collège de Phalsbourg ont provoqué une réunion fraternelle de leurs condisciples de toutes les époques pour renouer les liens de bonne affection qui existent entre camarades.
Le jour de réunion est fixé au lundi 9 Septembre prochain. On se réunira à Phôtel de ville à 10 heures du matin. Banquet à midi et demi et bal à 8 heures du Soir. Le 10 on fera une excursion dans les environs.
Les anciens élèves du dit collège, qui voudront prendre part à ce rendez-vous, sont priés d'en avertir, par quelques Mots, Mr. le Vice-Président Weiss-Eckmann à Phalsbourg.

3.a.427. Hamburg. Zu der am 4. September a. c. stattfindenden **Grossen Gewinn-Verloosung**, in welcher die grössten Prämien 200,000 Mark, 100,000 Mark, 50,000 Mark, 30,000 Mark, 15,000 Mark, 12,000 Mark, 7 à 10,000 Mark, 8000 Mark, 6000 Mark, 4 à 5000 Mark, 16 à 3000 Mark, 40 à 2000 Mark, 66 à 1000 Mark etc. etc. betragen, empfehle ich ganze Loose à 2 Thlr., halbe Loose à 1 Thlr. in folgenden Nummern:
6361, 6363, 6366, 6368, 6369, 6370, 9060, 9068, 22012, 22020, 30314, 30315, 30325, 30461, 30463, 30464, 30465, 30470, und führe ich Ordres hierauf gegen Einwendung des obigen Betrages, sowie auch gegen Postvorschuss prompt und verschwiegen aus.
J. Dammann,
Banquier in Hamburg.

3.a.411. Karlsruhe. N. B. Nr. 2000.
Gelegenheit zu einer Fabrik-Anlage.
In unserm Mittelkreise ist in der Nähe der Eisenbahn eine zu einer **Mahlmühle, Bleichanstalt, Spinnerei** oder sonstigen **mechanischen Werk** geeignete geräumige Lokalität nebst großer **Wasserkraft** (mit oder ohne Mittheilung) unter sehr billigen Bedingungen zu vergeben.
Nähere Auskunft befragt — auf portofreie Anfrage — das **Kommissions-Bureau von J. Scharpf in Karlsruhe.**

3.a.655. N. B. Nr. 1970. Karlsruhe.
Fabrik-Verkauf.
In bester Lage unseres Mittelkreises wünscht man ein rentables **Fabrikgeschäft**, wie sich kein zweites in unserm Land befindet und mit **Dampfkraft** versehen ist (deshalb weniger Arbeiter nötig sind) **sammt Zugehör** — den Preis von 46,000 fl. aber nicht erreicht, und nur ein **Dritttheil** Barzahlung verlangt wird — zu verkaufen.
Nähere Auskunft erteilt das **Kommissionsbureau von J. Scharpf in Karlsruhe.**

3.a.470. **Gemeinschaftliche Versammlung** des **Ortenauer und Dösgauer ärztlichen Bezirksvereins.**
(10jährige Stiftungsfest des ersteren) am Mittwoch den 28. Aug., Vormittags 11 Uhr, in der Post zu Achern; wozu auch Nichtmitglieder, selbst Nichtärzte ergebenst einladen.
Die Geschäftsführer:
Haug, Amtsarzt.
Dr. Batschauer.

3.a.540. **Bad Gleisweiler,**
Eisenbahnstation Landau, Rheinbayern.
Gesunde und schönste Lage im Harzgebirge. **Kaltwasserkur. Dampf- und Kiefernadelbäder.**
Galvano-electrische Heilapparate. Mollenkur bis Ende October. **Traubekur** vom 10. September an. Prospekte und nähere Auskunft erteilt die Direktion.
Dr. med. L. Schneider.

3.a.557. Dresden.
Sächsische Hypotheken-Versicherungsgesellschaft.
Nachdem unsere Gesellschaft ihren Geschäftsbetrieb auch im Großherzogthum Baden eröffnet hat, zeigen wir hiedurch an, daß den Herren **C. Nestler & Comp. in Mannheim** von uns die Generalagentur übertragen worden ist.
Dresden, den 10. August 1861.
Das Direktorium.

Lehrlingsgesuch.
3.a.654. In einer Hauptstadt Badens kann ein junger Mensch im Alter von 15 Jahren, von braven Eltern, gestützte Betrugens und guten Zeugnissen, unter günstigen Bedingungen in eine Konditorei und Bäckereibücherei als Lehrling Aufnahme finden. Näheres zu erfragen bei der Expedition der Karlsruher Btg.
3.a.593. Neustadt (Schwarzwald). Den 1., 2. u. 3. September Hauptschießen mit 500 fl. in baar und in 93 Preisen. Wir laden alle Schützenfreunde aufs freundlichste ein. Der Vorstand der **Schützenvereinsgesellschaft.**

3.a.636. Konstanz.
Empfehlung.
Von den bewährten englischen, innen vergünten **Wapin'schen Kochtöpfen** unterhalte ich stets ein großes Lager und empfehle solche zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen.
Karl Delisle in Konstanz.

3.a.323. **Dächer**
werden mit **Dachpappen** und **Dachfzlg**, sowohl hier als auch außerhalb, billigt (unter Garantie) ganz fertig eingebaut durch die Dachpappen- und Dachfzlg-Fabrik von **Hoffmann & Co. in Offenbach a. M.**

3.a.678. Karlsruhe.
Carl Arleth,
Großherzoglicher Hoflieferant, empfiehlt:
— Frische **Ananas** mit und ohne Krone, — **Ananas** in Büchsen, **Ananas-Scheiben** in Flaschen, — **schöne frische Menton-Citronen** im Detail, wie bei Abnahme von Originalisten billiger, **Feigen, Malaga-Trauben, Zafelmanteln, Datteln** etc. etc.
3.a.665. Nr. 228. Donaueschingen.
Geld-Antrag.
Bei unterzeichneter Verrechnung liegen 3000 fl. gegen normale Versicherung und 4 1/2% Verzinsung zum Ausleihen bereit.
Donaueschingen, den 21. August 1861.
Groß. Gymnasialfonds-Verwaltung.

3.a.575. Waghäusel.
Fruchtversteigerung.
Nächsten Montag den 26. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, läßt die unten genannte Stelle auf ihrem Comptoir dahier 700 Mtr. neuen Weizen loosweise öffentlich versteigern; wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Waghäusel, den 19. August 1861.
Die Verwaltung der Zuckerrfabrik.

3.a.610. Karlsruhe.
Pferdversteigerung.
Donnerstag den 29. d. Mts., Morgens 9 Uhr, wird in der Reitbahn der Landeshofkammer ein 6jähriger brauner Wallach versteigert.
Karlsruhe, den 22. August 1861.
Groß. Landhofs-Kammeramt.
v. H. S. d. t.

3.a.625. Nr. 60. Ostersheim.
Stammholz-Versteigerung.
Donnerstag den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden auf dem Rathhause hier 900 Forstschlämme, welche sich zu Bau-, Nutzholz, Eisenbahn-Schwellen und Deckeln eignen, öffentlich versteigert.
Ostersheim, den 21. August 1861.
Das Bürgermeisteramt.
Seite.

3.a.623. Ruppenheim.
Sägmühle-Verpachtung.
Die hiesige Gemeinde läßt Montag den 2. September d. J., Morgens 11 Uhr, auf dem Rathhause dahier ihre Sägmühle, Hanfreibe und Gypsstaube auf 6 Jahre verpachten; wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Ruppenheim, den 20. August 1861.
Das Bürgermeisteramt.
P. E. W. e. d.

3.a.620. Nr. 132. Oberweier.
Wirthshaus-Versteigerung.
Auf den Antrag der Wittve und der Vertreter der minderjährigen Kinder des f. Kreuzwirths Hermann Ruder zu Oberweier, Oberamts Rastatt, werden am 11. September d. J., Nachmittags 2 Uhr, in der Behausung selbst folgende Eigenschaften unter annehmbaren Bedingungen für ein Eigenthum öffentlich versteigert, und erfolgt der endgültige Zuschlag, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird, als:
Ein zweistöckiges Wohnhaus mit der Realtheilgerechtigkeit zum Kreuz, nebst Scheuer, Stallung und Tanzsaal, eine neuebraue Bierbrauerei mit zwei gewölbten Kellern, Schweinställen mit Holzremise, nebst an die Gebäulichkeiten anstoßenden 30 Aenten Gemüths- und Grasgarten.
Diese Lokalität ist auch zur Bäckerei und Branntweinbrennerei eingerichtet.
Die Bedingungen können jeden Tag beim Bürgermeister eingesehen werden.
Oberweier, den 21. August 1861.
Bürgermeister Baumstark.
vdt. Rathschreiber Eisele.

3.a.657. Nr. 7318. Karlsruhe. (Aufforderung und Forderung.) Grenadier Valentin Rastatter von Darlanden, dessen Signalement unten folgt, hat sich unerlaubt aus seiner Garnison entfernt. Derselbe wird aufgefordert, binnen 4 Wochen sich entweder dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er der Dejection für schuldig und verurtheilt seiner persönlichen Bestrafung im Betrugsfalle des Staats- und Dritbürgerrechts für ver-

3.a.662. Nr. 3671. Meersburg. (Auforderung.) Georg Müller, Drechslergefell von Gengen, w. Oberamt Heidenheim, und Gottlieb Bauberger, Bäckergesell von Murr, w. Oberamt Gppingen, werden aufgefordert, ihren bereitgestellten Aufnahmehier anzugeben, da sie wegen eines an dem Ertrien am 6. d. Mts. verübten Diebstahls eidlich einvernommen werden sollen.
Meersburg, den 19. August 1861.
Großh. bad. Amtsgericht.
S. P. e. r.

3.a.622. Nr. 14768. Heidelberg. (Forderungsurkunde.) Wir nehmen unser Forderungsurkunde auf Kaspar R. K. H. u. v. von Landenbach in Nr. 157 d. Bts. hiermit zurück.
Heidelberg, den 12. August 1861.
Großh. bad. Amtsgericht.
S. P. e. r.

3.a.619. Nr. 6050. Oberkirch. (Bekanntmachung.) Die Konfiskation pro 1862 betr. Zur Loosziehung für die zur Konfiskation pro 1862 pflichtige Mannschaft des diesseitigen Bezirks ist Tagfahrt auf Montag den 16. September, früh 8 Uhr, im Rathhause hier anberaumt.
Dies wird hiermit zur Kenntniß der z. J. auswärts befindlichen Pflichten gebracht.
Oberkirch, den 21. August 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
S. a. u. r.

3.a.618. Nr. 7940. Bretten. (Bekanntmachung.) Wir haben zur Loosziehung der Konfiskationspflichtigen Jünglinge Tagfahrt auf Montag den 23. September a. J., früh 8 Uhr, anberaumt, und bringen dieses zur öffentlichen Kenntniß.
Bretten, den 21. August 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
S. a. u. r.

3.a.658. Nr. 7283. Karlsruhe. (Verichtigung.) Beiliegend auf unser Ausgeschrieben vom 30. Juni d. J., Nr. 5689, Karlsruher Zeitung Nr. 158, bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß der Aufgeforderte nicht Braun, sondern „Böhner“ heißt.
Karlsruhe, den 17. August 1861.
Großh. bad. Landamt.
J. v. M. v. d. B.
Fr. Wallebrein.
vdt. Schärer.

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatt des Wechselmakler-Syndik. Donnerstag, 12. Aug.

Staatspapiere.		Anlehens-Loose.	
Per comptant	Per comptant	Per comptant	Per comptant
50/100 M. l. s. b. R.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1852 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1853 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1854 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1855 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1856 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1857 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1858 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1859 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1860 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1861 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1862 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1863 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1864 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1865 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1866 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1867 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1868 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1869 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1870 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1871 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1872 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1873 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1874 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1875 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1876 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1877 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1878 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1879 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1880 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1881 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1882 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1883 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1884 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1885 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1886 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1887 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1888 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1889 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1890 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1891 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1892 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1893 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1894 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1895 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1896 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1897 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1898 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1899 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.
50/100 do. 1900 l. L.	100/100 P.	100/100 P.	100/100 P.